

**Versuch zur Erhöhung des Milchpreises.**

4 Heller für den Liter.

Wien, 16. September.

In den allernächsten Tagen soll es sich entscheiden, ob den Wienern vom 1. Oktober ab eine neue schwere Konsumsteuer auferlegt werden wird. Die Molkereien haben eine Eingabe an das Ackerbauministerium gerichtet, die indirekt die Genehmigung einer Erhöhung des Milchpreises um vier Heller für den Liter bezweckt. Sie verlangen die Genehmigung zur Aufstellung eines „Richtpreises von 34 Heller“, womit bezweckt wird, daß kein Landwirt wegen Preistreiberei unter Anklage gestellt werden könne, wenn er 34 Heller für seine Milchproduktion fordert. Bei Stattgebung dieses Begehrens würden die Molkereien ihre Preise, die derzeit 36 Heller für Ausschank sind und 42 Heller für Flaschenmilch betragen, auf 40, beziehungsweise 46 Heller erhöhen. Für die Deckung des Milchbedarfes von Wien kommen drei Faktoren in Betracht: die Molkereien, die Milchgroßhändler und die noch immer ganz erkleckliche Zahl von kleinen Milchmeiern, die im Wiener Gemeindegebiet ihre eigenen Milchkühe halten. Zwischen diesen drei Gruppen besteht seit Jahren ein sehr heftiger Kampf, der aber für den Konsumenten regelmäßig damit endet, daß der Sieger mit einer Preiserhöhung vorgeht, der dann natürlich die beiden anderen ehestens nachfolgen. Die Bedeutung der drohenden neuerlichen Preishinauffezung ergibt sich aus der einfachen Tatsache, daß selbst jetzt bei den stark verringerten Milchzufuhren die tägliche Beschickung des Wiener Marktes etwa 700.000 Liter beträgt, mithin würde aus einer Preissteigerung um vier Heller eine Mehrbelastung der Bevölkerung im Monat resultieren, die zwischen 800.000 und 900.000 Kronen beträgt. Die Hinauffezung des Milchpreises, welche die Molkereien inzumeren wollen, wäre im Laufe des Krieges die dritte. Die letzte Preis-erhöhung ist am 1. April dieses Jahres erfolgt und betrug ebenfalls vier Heller für den Liter. Damals hatten sich die Molkereien und Milchgroßhändler verpflichtet, sobald die Periode der Grünfütterung beginnen werde, mit dem Milchpreis herabzugehen. Die Trockenheit des Frühsommers, die auf die Entwicklung des Grünfutters allerdings ungünstig eingewirkt hat, wurde zum Anlaß genommen, dieses Versprechen nicht einzulösen und jetzt wird mit Berufung auf die Steigerung der Kosten des landwirtschaftlichen Betriebes

der Versuch unternommen, die Preise neuerlich zu erhöhen. Die Molkereien behaupten, daß die Gesehungskosten für einen Liter Milch in landwirtschaftlichen Betrieben infolge der Futterteuerung und der Abnahme des Rinderbestandes sich auf 32 Heller für den Liter stellen, weswegen der Richtpreis von 34 Heller nur angemessen sei. Mit Berufung auf dieselben Gründe verteuern aber die Viehhändler von Woche zu Woche ihre Ansprüche gegenüber den Fleischaufkäufern und dem konsumierenden Publikum. Und so soll der Städter die sicherlich auch in der Landwirtschaft eingetretene Produktionsverteuerung, deren Ausmaß aber keinesfalls so groß sein kann, als von agrarischer Seite fortwährend behauptet wird, zweimal bezahlen.

In den nächsten Tagen soll die Entscheidung des Ackerbauministeriums über die Eingabe erliegen, was auch aus dem Grunde notwendig ist, weil für den Wiener Milchmarkt traditionell die Abschlüsse für die Winterkampagne oder für das ganze Jahr am 1. Oktober unternommen werden. Angesichts der Unklarheit der Preisentwicklung zögern natürlich Produzenten und Milchhändler heute, einen Abschluß zu machen, und die rechtzeitige Regelung der Frage ist schon aus Gründen der ungestörten Beschickung des Wiener Milchmarktes für die allernächste Zeit notwendig.

Das ist in großen Zügen die Sachlage, wie sie sich für das verbrauchende Publikum darstellt. Zur vollständigen Orientierung und um auch die Gegenseite zu Worte kommen zu lassen, veröffentlichen wir nachstehend die Äußerungen eines informierten Molkereifachmannes, der sowohl die von den Milchproduzenten wie von den Milchhändlern vertretenen Standpunkte zusammenfaßt, wie sie in der an die Regierung gerichteten Eingabe dargelegt wurden.

**Die Gründe für die Forderung nach Erhöhung der Milchpreise.**

Von einem Molkereifachmann.

Bereits seit längerer Zeit machen sich die Schwierigkeiten in der Milchversorgung geltend, ohne daß eine wirksame Abhilfe geschaffen werden konnte. Nachdem die Milchpreise schon am 1. April um vier Heller per Liter erhöht worden waren, erhoffte man von dem Sommer und der erleichterten Viehhaltung eine einschneidende Besserung der Milchproduktionsverhältnisse. Diese ist aber nicht eingetreten. Die Milchknappheit blieb bestehen und führte zunächst zu der Verordnung über die Beschränkung des Milchverbrauches. Die Milchquantitäten, die seither dem Luxusbedürfnis entzogen und dem dringenden Verbräuche zugeführt werden konnten, waren aber verhältnismäßig sehr gering und die Molkereien und Milchzwischenhändler konnten feststellen, daß die Anlieferungen trotzdem immer geringer wurden. Die Ursache dieser Erscheinung, die durch die Tatsache illustriert wird, daß zum Beispiel bei der „Wiener Molkerei“ die Anlieferungen gegen dieselbe Zeit des Vorjahres um 30.000 bis 35.000 Liter Milch für den Tag zurückbleiben, liegt einerseits in der geringeren Ergiebigkeit der Produktion, andererseits in der allgemeinen Verringerung des Viehstandes. Der Besitzer von Milchkühen hat angesichts der hohen Fleischpreise den größeren Gewinn aus dem Verkauf der Milchkühe zu Schlachtzwecken vor Augen und will, in vielen Fällen kann er vielleicht auch nicht, die Viehhaltung bei dem jetzigen Erlöse aus der Milchproduktion nicht aufrecht erhalten.

Es ist eine unbestrittene Tatsache, daß die Kosten der Viehhaltung in diesem Jahre bedeutend gestiegen sind. Die Futternot dauert an, ebenso die Schwierigkeit in der Beschaffung von Kraftfuttermitteln, deren Kosten ebenfalls bedeutend gestiegen sind. Auch die anderen Auslagen, die der Milchproduzent zu tragen hat, sind erheblich größer geworden, der Personalmangel, die Transport Schwierigkeiten, die Bedarfsartikelpreise wirken auf den Schweizebetrieb ebenso wie auf alle anderen Approvisionierungsquellen, so daß das Erträgnis des Milchproduzenten bedeutend geringer wird, die Betriebskosten und -arbeiten aber immer zunehmen. In vielen Fällen kommt noch hinzu, daß Besitzer von Milchkühen aus persönlichen Gründen, Mangel an Arbeitskräften, Einrückung zum Militär usw. den Molkereibetrieb aufgeben und ihr Vieh verkaufen. Die hiedurch verursachte Verminderung der Produktion steigert natürlich die Nachfrage, und daher müssen die mit der Milchversorgung befaßten Faktoren, wenn sie den Anforderungen einigermaßen nachkommen wollen, alles aufbieten, um die Verringerung des Standes an Milchkühen hintanzuhalten.

Zur Erreichung dieses Zieles gibt es mehrere Wege, deren Betreten wiederholt angeregt wurde und deren Zweckdienlichkeit den Gegenstand eingehender Studien und Erwägungen bildet. Eine Anregung ging dahin, daß der Verkauf von Milchkühen zu Schlachtzwecken gesetzlich verboten werden solle. Der Verwirklichung dieser Idee standen zunächst die Bedenken entgegen, die durch die Rücksichten auf die Fleischapprovisionierung gegeben waren. Für Eingeweichte und Laien konnte kein Zweifel bestehen, daß die Erlassung einer in diesem Sinne gehaltenen Verordnung einerseits ein enormes Ansteigen der Vieh- und Fleischpreise zur Folge gehabt hätte, andererseits aber auch eine Zwangslage für den Viehhalter geschaffen hätte, der nicht imstande ist, seinen Viehstand weiter zu erhalten. Eine andere Anregung verlangte die Konfiskation aller Milchkühe nach Gemeinden und die Einführung einer Milchkarte auf Grundlage der Festsetzung von Verbrauchs- höchstquantitäten. Auch dieser Vorschlag erschien nicht zweckmäßig, weil die Ergiebigkeit der einzelnen Milchkühe, die ganz unabhängig von der Verminderung des Viehstandes in vielen Bezugsgebieten stark verringert ist, man also auch nicht annähernd nach den erhobenen Ziffern der vorhandenen Milchkühe ein Bild von der Milcherzeugung hätte bekommen können, daher auch nicht ein bestimmtes Höchstmaß von Milch für den einzelnen Konsumenten festsetzen konnte, wie das etwa beim Brothofum möglich ist.

Angesichts aller dieser Schwierigkeiten hielten die Direktoren der großen Molkereien eine Beratung ab, in welcher beschlossen wurde, die Verhältnisse bei der Milchversorgung in einer Denkschrift niederzulegen und dem Ackerbauministerium mit dem Ersuchen vorzu-